

## WOXX INTERN

## INTERGLOBAL

CAMPAGNE RELAUNCH

## Le woxx invite:

Bleu-Rouge-Vert - une option pour 2009? Un quart de siècle après l'avènement du gouvernement libéral-socialiste Thorn-Vouel, le woxx pose la question si une coalition sans PCS est possible.

PHOTO: CHRISTIAN MOSAR

Dans le cadre de son relaunch, le woxx invite à plusieurs rendez-vous à ne pas manquer:

### Avant-Première: „Auf der anderen Seite“

Un Film de Fatih Akin, version originale, sous-titres français  
**Mardi, 25 septembre à 19h à l'Utopia** (Voir regards p. 12)

### „Un gouvernement sans CSV est-il possible?“

**Table ronde: Mardi, 9 octobre à 19h30, à la LX5 Hombase**  
(Espace Paul Wurth), 1, rue de l'Acierie, Luxembourg-Hollerich  
Invités: Alex Bodry, président du LSAP, Claude Meisch, président du DP et François Bausch, président du groupe parlementaire des Verts.

### Woxx-Relaunch-Concert

**Vendredi, 12 octobre à 20 heures au d:cliq**  
Avec: Minipli (No-Wave-Dada-Pop), Hal Flavin (Electro-Rock), Brockdorff Klanglabor (Elektro-Pop), Fucking Pop DJ Team.

### Gagner un voyage à Paris en TGV? Il suffit de lire le woxx ...

Un week-end à Paris vous tente-t-il? C'est facile: pendant les trois prochaines semaines, consultez le site Internet du woxx ([www.woxx.lu](http://www.woxx.lu)) et trouvez la réponse à la question qui vous y est posée chaque lundi. Avec un peu de chance, vous pouvez gagner un voyage de deux nuits pour deux personnes à Paris. Vous n'êtes pas connecté-e? Pas grave: remplissez le formulaire que vous trouverez dans l'édition du 5 octobre et renvoyez-le au plus tard pour le 8 octobre (le cachet de la poste fait foi). Les gagnant-e-s seront tiré-e-s au sort parmi les bonnes réponses lors de la soirée "Relaunch" au d:cliq, le 12 octobre.

ITALIEN

# Rote Kraft und rote Schmerzen

Catrin Dingler

**Die neu gegründete „Partito Democratico“ macht der italienischen Linken Dampf. Rufe zur Einheit finden jedoch nicht nur Zustimmung.**

In diesem Sommer standen die italienischen Politiker unter Dauerstress, von Sommerpause keine Spur. Ende Juni hatte der populäre römische Bürgermeister Walter Veltroni angekündigt, für den Vorsitz des im Frühjahr gegründeten Partito Democratico (PD) zur Verfügung zu stehen. Seine medienwirksam inszenierte Kandidatur bescherte der neuen, aus linksliberalen und christdemokratischen Gruppierungen hervorgegangenen Partei einen beachtlichen Popularitätszuwachs, der nicht nur die Rechtskonservativen in Unruhe versetzte.

Die kleineren Parteien links des PD kamen unter Zugzwang. In einer Videobotschaft vom Berliner Gründungsparteitag der deutschen Partei „Die Linke“ rief Fausto Bertinotti in seiner Rolle als Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken seine italienischen Genossen deshalb dazu auf, sich ebenfalls für „eine neue Kraft, ohne Mauern und Barrieren“, einzusetzen. Die Vereinigung der zersplitterten italienischen Linken sei sicherlich nicht „ohne Schmerzen“ zu bewerkstelligen, jedoch nicht länger aufzuschieben. Nur ein „starkes, weitreichendes, pluralistisches Subjekt“ könne sich als Linke gegen den PD behaupten.

Tatsächlich verabschiedete die Regierung in Zusammenarbeit mit den drei Gewerkschaften Mitte Juli ein so genanntes Welfare-Protokoll, in dem renten- und arbeitspolitische Vereinbarungen getroffen wurden, die weit hinter den im Programm der Mitte-Links-Koalition festgeschriebenen Absichten zurückblieben. Wieder einmal hatte sich der liberal-reformistische

Flügel, also der Zusammenschluss derjenigen Kräfte, die zur neuen Demokratischen Partei zu rechnen sind, mit seinen Forderungen durchgesetzt.

Daraufhin veröffentlichten die unabhängige Tageszeitung „Il Manifesto“ und die Parteizeitung der Rifondazione Comunista, „Liberazione“, zusammen mit der Monatszeitschrift „Carta“ einen von 15 namhaften italienischen Linken unterzeichneten Protestaufruf. In ihm werden die von der Regierung bisher vernachlässigten arbeitsrechtlichen, zivilrechtlichen, pazifistischen, migrations- und umweltpolitischen Vorgaben des Koalitionsprogramms aufgelistet. Damit endlich auch diese Punkte des Koalitionsvertrags in die Tat umgesetzt werden, ist für den 20. Oktober eine Demonstration aller Linken geplant, mit der die Regierung in die gewünschte Richtung gedrängt werden soll.

### Druck auf die Regierung

Die Initiatoren betonen, dass koalitionsinterne Konflikte nicht weiterhin im Namen eines Grundkonsenses, der alleine auf einer Ablehnung Berlusconi's basiert, ausgeglichen werden könnten. Zudem sollten nicht länger um der viel beschworenen „Stabilität“ der Regierung willen Entscheidungen mitgetragen werden, die das Regierungsbündnis beständig zur liberal-reformistischen Mitte tendieren lassen. Durch die Mithilfe des linken Wählerspektrums soll die Koalition gezwungen werden, ihr internes Gleichgewicht neu auszurichten.

Für Aldo Tortorella, Vorsitzender der „Assoziation zur Erneuerung der Linken“ und einer der prominenten Unterzeichner des Aufrufs, geht es um mehr. Die Demonstration könne ein „Anreiz“ und ein „Anfang“ sein für die Konstitution eines „solidarischen Spektrums“ aller Linken.

## INTERGLOBAL

Tatsächlich scheinen sich bisher alle Parteien links des PD an der Demonstration beteiligen zu wollen, wenngleich die einzelnen Parteivorsitzenden nach wie vor bemüht sind, statt der angestrebten Einheit ihre „Eigenständigkeit“ zu betonen. So favorisierten die Grünen ein Konzert anstelle einer Demonstration, und nach Meinung der Demokratischen Linken darf sich der Protest nicht grundsätzlich gegen die Regierung wenden. Die Rifondazione wünscht sich dagegen, dass die Demonstration der Beginn einer gemeinsamen „roten Sache“ sei, mit weitreichenden politischen Konsequenzen für die Regierungskoalition.

## Anfang Juni ist der Bruch zwischen der parlamentarischen und der antagonistischen Linken anlässlich der Demonstrationen gegen den Besuch des US-Präsidenten offenbar geworden.

Auch innerhalb des linken Gewerkschaftsbunds Cgil ist man sich uneins. Der Vorsitzende Guglielmo Epifani will die Stabilität der Regierung von Romano Prodi gewahrt wissen, die Metallgewerkschaft Fiom jedoch hat sich offen gegen den im „Welfare-Protokoll“ ausgehandelten Kompromiss ausgesprochen und damit den Frieden mit der vermeintlich freundschaftlich gesinnten Mitte-Links-Regierung aufgekündigt.

Obwohl die Initiatoren von einer „Demonstration der Demonstrationen“ sprechen und damit eindeutig auf die globalisierungskritische „Bewegung der Bewegungen“ Bezug nehmen, rea-

gierten die außerparlamentarischen Gruppen zurückhaltend. Die Sprecher der verschiedenen Centri Sociali wollten sich vorerst noch nicht äußern. In den freien Radios wurde jedoch bereits methodische und inhaltliche Kritik laut. Die Demonstration sei eine „Sache der Institutionen“, die Bewegung dürfe sich nicht instrumentalisieren lassen, schließlich sei erst Anfang Juni anlässlich der Demonstrationen gegen den Besuch des US-Präsidenten George W. Bush der Bruch zwischen der parlamentarischen und der antagonistischen Linken offenbar geworden.

### Zurückhaltende Apo

Verstärkt wurde die Diskrepanz nur wenige Tage nach dem Demonstrationsaufruf durch die Aufregung um eine Aussage von Francesco Caruso. Der über die Listen der Rifondazione ins Parlament gewählte Vertreter der süditalienischen globalisierungskritischen Bewegung hatte den ehemaligen Arbeitsminister Tiziano Treu und Marco Biagi, den im Jahr 2002 von den „Neuen Roten Brigaden“ getöteten Arbeitsrechtsberater der Berlusconi-Regierung, als „Mörder“ bezeichnet, da beide für die umstrittenen sicherheitspolitischen Bestimmungen des Arbeitsrechts, das so genannte „Legge 30“, verantwortlich waren. Nachdem er mit seiner Äußerung auch in der eigenen Partei große Entüstung ausgelöst hatte, sah er sich schließlich zum Austritt aus seiner Fraktion gezwungen.

Catrin Dingler arbeitet als freie Journalistin und lebt in Rom.

HONGKONG

# „Demokratie für Stabilität geopfert“

Interview: Benjamin Engbrocks

**Ein Gespräch mit „Longhair“ Leung Kwok-hung, trotzkistischer Abgeordneter im Parlament Hongkongs.**

**woxx: Als linker Aktivist in Hongkong, steht man da nicht auf verlorenem Posten?---**

**Leung Kwok-hung:** Wenn ich davon rede, für eine sozialistische Regierungsform zu kämpfen, kommt gewöhnlich die Frage, ob ich einen Krieg anzetteln möchte, und der Vorwurf, ein Unruhestifter zu sein. Ein zusätzliches Problem ist natürlich noch das so genannte kommunistische Regime im Norden, in Festlandchina. Sobald man aber einmal mit den Leuten diskutiert, ist es nicht allzu schwer, ihnen klarzumachen, dass der Volksrepublik etwas Entscheidendes fehlt, um ein wirklich sozialistisches oder kommunistisches Land zu sein: Demokratie.

**Hat sich denn daran etwas geändert, seit Sie im Hongkonger Parlament sitzen?**

Durch mein Mandat als Abgeordneter im Legislativrat stehen uns natürlich eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung, die wir vorher nicht hatten. Im Grunde versuchen wir nichts anderes, als die Ressourcen, die uns dadurch zur Verfügung stehen, bestmöglich für eine linke Politik auszunutzen. Wir unterstützen dabei die Anliegen verschiedenster Gruppen und Initiativen, um ihnen so eine Stimme zu geben. Abgesehen davon, dass wir uns nicht anmaßen wollen, den Menschen Hongkongs vorzuschreiben, wie ihre Stadt auszusehen hat, ist das auch ein Grund dafür, das wir von der League of Social Democrats keine Partei, sondern eine soziale Initiative sind und bleiben.

So bleiben wir offen für alle, die sich engagieren möchten, und haben die Chance, uns ganz konkret für die jeweiligen Forderungen von Betroffenen einzusetzen, ohne irgendeiner Parteilinie oder ähnlichem zu folgen.

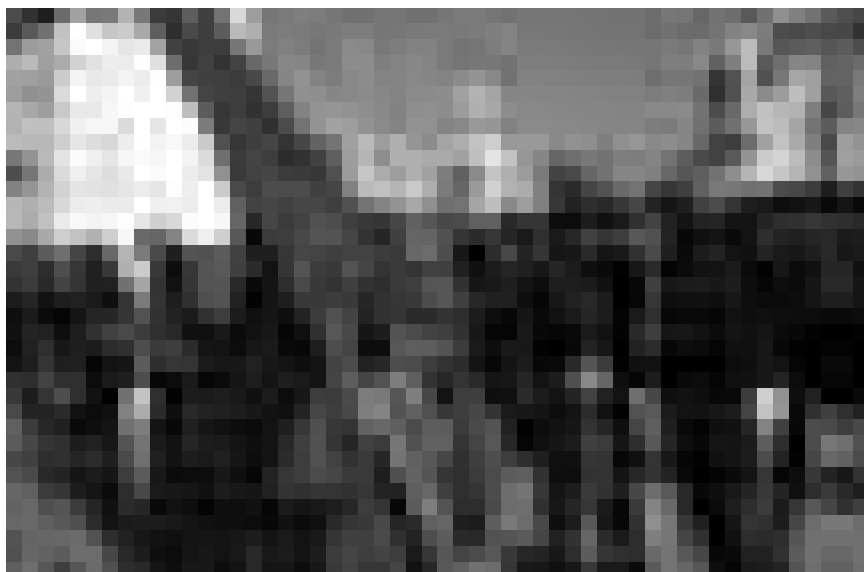
**Wie steht es denn um das Verhältnis zwischen der Volksrepublik und Hongkong?**

Die Regierung in Peking propagiert: „Ein Land, zwei Systeme“. Das bedeutet im Grunde nichts weiter, als dass wir hier in Hongkong das Casino sind, in dem sich China mit dem Rest der Welt zum Glücksspiel trifft. Beide Seiten profitieren dabei. Einerseits die internationalen Konzerne, die über Hongkong Zugang zum chinesischen Markt und billigen Produktionsstätten auf dem Festland bekommen.

**„Hongkong ist das Casino, in dem sich China mit dem Rest der Welt zum Glücksspiel trifft.“**

Andererseits die chinesische Regierung, die vor allem am Zufluss harter Währung interessiert ist, der benötigt wird, um das Wirtschaftswachstum in Gang zu halten. Um ungestört wirtschaften zu können, benötigen beide Seiten ein hohes Maß politischer Stabilität in Hongkong. Für diese Stabilität wurde allerdings die Demokratie geopfert. So sind nur die Hälfte aller Abgeordneten im Hongkonger Parlament durch öffentliche Wahlen legitimiert, und durch den von ihr eingesetzten Hongkonger Chief Executive, Donald Tsang, behält sich die Pekinger Führung das letzte Wort bei allen wichtigen Entscheidungen vor.

Die politische Ausrichtung der Anti-Bush-Demo im Juni sorgte in der italienischen Linken für Streit: Nur gegen Bush oder auch gegen die eigene Regierung? (Foto: Alfredo Mancina/flickr)



### Und die Bürger Hongkongs? Wollen die nicht noch immer die Demokratie?

Die wirtschaftliche Elite macht ja ohnehin gute Geschäfte mit China, und die Hongkonger Mittelklasse ist glücklich mit ihrem wirtschaftlichen Aufstieg und der relativen Sicherheit ihres Wohlstands, deshalb gibt sie sich zufrieden mit dem politischen Status Quo. Verglichen mit dem Festland sind die politischen Verhältnisse hier ja auch geradezu paradiesisch. Die Pan-Democrats als Sprachrohr der Mittelklasse haben schon lange das Momentum verloren, um für eine wirkliche Demokratie zu kämpfen, ihnen fehlt mittlerweile auch einfach der Mut. Tragisch ist das aber vor allem für die unteren Schichten, die einfachen Arbeiter und Tagelöhner. Ein gutes Beispiel dafür sind zwei Protestkampagnen der letzten Wochen, einerseits die Proteste für den Erhalt des Queen-Victoria-Piers und andererseits der Arbeitskampf der Stahlarbeiter für höhere Löhne und den Acht-Stunden-Tag. Würden die verdammten Pan-Democrats ihr gesamtes politisches Gewicht für die Stahlarbeiter einsetzen, dann gäbe es vielleicht eine Chance auf Erfolg. Aber dafür sind sie sich zu schade, sie halten es für ehrenrührig, mehr Geld zu fordern.

### Gibt es denn Perspektiven für einen politischen Wandel auf dem Festland?

Wir sehen schon jetzt, dass vor allem die gesellschaftliche Freiheit in Hongkong Einfluss auf die Volksrepublik hat. Die Mund-zu-Mund-Propaganda der Touristen vom Festland, die nach Hongkong kommen und

Der trotzkistische Abgeordnete Leung Kwok-hung im Gespräch mit einem Reporter, am 17. April 2005 in Hongkong. (Foto: Wikipedia)



nach dem Urlaub ihren Freunden und Verwandten davon erzählen, dass man hier auf alle Internetseiten Zugang hat, jede Zeitung lesen und jedes Fernsehprogramm sehen kann, egal ob unabhängige Nachrichten oder Pornographie, verstärkt den

Wunsch nach Veränderung auch auf dem Festland. Es braucht einfach nur ein wenig Zeit und Geduld.

### Und das soll für eine Veränderung in China ausreichen?

Noch ein weiterer Umstand spricht langfristig für einen Wandel Chinas. Die Industrialisierung in Europa führte zu einem Wandel der Arbeitsverhältnisse. China durchlebt derzeit einen ähnlich extremen Wandel in den Arbeits- und Produktionsverhältnissen. Durch die stärkere Teilhabe Chinas an der Weltwirtschaft wird dieser Prozess in den nächsten Jahren auch noch beschleunigt werden. Der Bedarf an Arbeitskräften für die aus dem Boden sprießenden Fabriken kann dabei nur durch die Landbevölkerung gestillt werden. Aber selbst für die einfachen Arbeiten in den Fabriken braucht es ein Mindestmaß an Bildung. Der chinesische Staat ist also,

um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden, dazu gezwungen, den Bildungsgrad der Bevölkerung zu erhöhen. Mit höherer Bildung werden sich die Menschen aber auch mehr und mehr ihrer Lage bewusst und bereit, für Verbesserungen zu kämpfen. Aber wie ich schon sagte, wir brauchen Geduld.

### Zur Person:

Leung Kwok-hung gilt als das Enfant terrible der Hongkonger Politik. Besser bekannt ist er als „Longhair“, denn er hat geschworen, seine Haare nicht zu schneiden, bis die chinesische Regierung sich für das Massaker auf dem Tiananmen-Platz entschuldigt. Der Trotzkist wurde mehrmals kurzzeitig inhaftiert, unter anderem wegen des Verbrennens der chinesischen Nationalflagge auf dem Besucherpodium des Hongkonger Parlaments. Er fordert unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen, ein allgemeines Wahlrecht, das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, die Besteuerung von Spekulationsgewinnen, einen höheren Mindestlohn und Sozialhilfe. Seit Oktober 2004 ist er Abgeordneter des Hongkonger Parlaments, er gehört der League of Social Democrats an.

### Vorschau

### Rettung in Sicht?

Trotz Denkmalschutzgesetz hat die Luxemburger Bau-substanz in den letzten Jahrzehnten gehörig gelitten. Was bringt die geplante Reform? Ein Interview mit dem Abgeordneten Ben Fayot.